

Hallische Zeitung

Inserionsgebühren für die häufigste Zahl oder deren Raum für Halle u. Umgeb. Montag den 15. Febr. 1889. Sonnt. 18 Pf.

Reclamen am Schluß des redactionellen Theils pro Seite 40 Pf.

verm. im G. Schwesfke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Nummer 115.

Halle, Sonnabend, 18. Mai 1889.

181. Jahrgang.

Bestellungen

auf die **Hallische Zeitung** für den Monat Juni werden von der Expedition der Zeitungsanstalten und für Auswärts von den sämtlichen Kaiserlichen Postanstalten und den Landbriefträgern zum Preise von 1 Mark angenommen.

Halle, 17. Mai.

Die Deputation der Grubenbesitzer beim Kaiser.

Berlin, 16. Mai.

Ueber den Verlauf der Audienz der Vertreter der westfälischen Grubenbesitzer erzählt man, daß der Ausfall derselben keinesfalls als ein „gnädiger“ bezeichnet werden kann. Selbst der so äußerst vorfichtige Herr Dr. Gammacher konnte nicht anders, alszugeben, daß die Empfang geradezu als ein unangenehm angelegtes werden mußte. Der Kaiser deutete in seiner Erwiderung sehr scharf darauf hin, daß die Arbeitgeber keineswegs frei von aller Schuld an diesem schweren Streik seien, und er betonte zu wiederholten Malen, daß es die Pflicht der Arbeitgeber sei, zu Wiederherstellung des Friedens nach Kräften beizutragen.

Es ist allerdings bemerkenswert, daß Herr Graf, ursprünglich mit Entschiedenheit auf die Seite der Streikenden getretene Blätter, wie die „Kölnische Volkszeitung“ und die „Trenonia“ ihre Zustimmung auf Grund von Einwendungen sachkundiger Personen allmählich erheblich einschränken. Was die Klage betrifft, daß der von den Grubenbesitzern zur Arbeitsstelle und zurück nicht, wie es angeblich in älterer Zeit geschah, in die schiffähnliche Schlucht eingekerkert wird, so wird in einem der genannten Blätter ausgeführt, daß schon eine raschere und wirtschaftliche Einfahrt, als gewöhnlich stattfindet, dieser Verhinderung gütlich abhelfen könnte. Betreffs des „Nullens“, das heißt Nichtanerkennens solcher gefälliger Vagen, wird ebenfalls von der bezeichneten Seite darauf hingewiesen, daß eine Einrichtung zur Verhütung schlechter Leistungen unzulässig sei, und daß jede andere ebenfalls Klagen über Willkür hervorgerufen würde. Wir lassen den Werth dieser Auseinandersetzung im Einzelnen auf sich beruhen; ihr Gehalt ist allerdings, daß ein Nullstand, welcher unüberwindlich zu dem Strike und Kontraktbruch getrieben hätte, doch wohl nicht vorhanden war. (?)

Die ersten Worte des Kaisers an die Arbeiter sowohl wie an die Arbeitgeber werden sichtlich nur zu einem Ausgange führen. Der Bericht vom 16. lautet:

Dante früh 8 Uhr wurde im Fajnenpale des königlichen Schlosses der Deputation der Grubenbesitzer des Ruhrgebiets, dem Hg. Dr. Gammacher, dem Gg. Rommengerath Hanckel, Bergath von Welsen und Bergmann Krabber vom Kaiser die nachgehende Audienz in Gegenwart des Ministers des Innern persönlich gewährt. Dr. Gammacher, als Präsident des Vereins für Bergbauindustrieller im Bezirk des Oberbergamts Dortmund sprach zunächst Sr. Majestät den ehrenvollen Dank für die Bewilligung der Audienz sowie für den Schutz, den die Staatsregierung dem von dem Ministerium erstellten Theile der niederrheinisch-westfälischen Industriebevollmächtigten zu Theil werden lassen, aus. Indem derselbe dem schuldigen Wunsch Ausdruck gab, daß wieder zu geordneten Verhältnissen in den dortigen Arbeitsstätten zu gelangen, bemerkte er:

„Wir glauben, daß die Arbeitgeber durch die öffentliche Erklärung des Vorstandes des Vereins für bergbauindustrieller vom 11. d. Mts. ein weitgehendes Entgegenkommen zum Zwecke der Herstellung friedlicher Verhältnisse betätigt haben. Nach demselben Urtheile sind wir als ehrliche Männer in der Ueberzeugung gekommen, daß ein wirklicher Grund zu dem jetzt eingetretenen Bruch des Koalitionsvertrages seitens der Arbeiter, selbst abgesehen von der ungeschicklichen Form, in der dieselben sich dieses Heftes bedienten, nicht vorlag, von den Forderungen der Arbeiter hatten wir die auf Erhöhung der Löhne gerichtete Forderung, zu deren Erreichung es der Arbeitsstellung nicht bedurfte. Sachkundige wissen, daß die Arbeitgeber auch ohne Arbeitsstellung bei fortgesetzter einflussreicher Einwirkung des Kohlenpreises in dem Grade höherer Löhne gelangen werden. Die zweite bedeutungsvolle Forderung der Arbeiter betrifft die Länge der Arbeitszeit. Niemand wird aber lägen können, daß die bei uns eingeführte Arbeitszeit von 8 Stunden unter Tage, welche die Forderung in allen Bergrevieren und dem hiesigen Bergbau ist, für die Gesundheit und die Lebensverhältnisse eines Arbeiters nachtheilig sei. Viele andere fernere Klagen hätte man zweckmäßig auf dem Wege der Beschwerde an die Bergbehörden und die Grubenverwaltungen zu einem friedlichen und glücklichen Ausgange bringen können. Trotzdem beschließen wir die Klagen, daß die Arbeiter, wenn sie die Arbeit wieder aufnehmen können, Vorkostenleistungen erhalten sollten, obgleich der Streik wie eine Strafbußgeld plößlich über das Land kam und ohne Beachtung der gewöhnlichen Bindungsfrist ausbrach. Sie wurde abgesehen in dem Bewußtsein, die großen Verantwortlichkeiten, die heute auf den Schultern der Arbeitgeber ruhen, und in der Erkenntnis der verheerenden Folgen, welche die gewöhnliche Arbeitsstellung bis in die weitesten Kreise unseres Vaterlandes hinein fortgesetzt hindern würde. Aber Einsache von uns freier, geriet den streikenden Bergleuten die Hand zum Frieden. Es giebt aber eine Grenze für die Arbeitsfähigkeit, und diese ist gegeben durch die Minderzahl, welche entgegen der Uebung und die Sicherheit des Betriebes entgegensteht. Jede Forderung, die über die Arbeitsfähigkeit, der in hiesigen Umstände Deutschlands hinaus weiter nicht beizutragen, eine Maßregel erwiderte darauf ungefähr Folgendes:

„Meine Herren! Ich habe Ihnen die Audienz gestattet, weil es selbstverständlich Sache des Monarchen ist, daß wenn Seine Unterthanen in Streitigkeiten untereinander der Vermittlung bedürfen, und sie sich nicht vernünftig willens sind das Streitverhältnis zu beenden, bald der Kaiser eingegriffen werden soll. Ich habe die Arbeiter vorerzählt und freue mich, Sie heute bei mir zu sehen. Was die Länge des Streiks betrifft und die Mittel zur Befreiung derselben, so erwarte ich darüber noch eingehende Berichte Ihrer Behörden. Wir sind es hauptsächlich darauf an, zu verhindern, daß während der Schlichtung der genannten Bevölkerung, welche der Streik zur Folge hat, und nachdem ein zweiter Streik bereits in Aussicht ist, die Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen werden. Ich habe daher die Anweisung gegeben, daß die Arbeiter, die sich nicht freiwillig dem Streik ein Ende zu machen, aber die Anweisung gegeben habe, daß wissen Sie, was das heißt überall in den Betrieben geandert; ich habe daran mein Standpunkt in aller Ehrlichkeit geteilt. Die Arbeiter haben mir übrigens einen guten Eindruck gemacht, sie haben sich der Forderung mit der Sozialdemokratie enthalten. Das die Worte, die ich zu ihnen gesprochen, in den Arbeiterkreisen Westfalens Anklang gefunden haben, ist mir durch Telegramme bezeugt, und über Sie mich nicht, daß Einmüthigkeit der Sozialdemokratie von ihnen mit Energie abgelehnt worden sind. Die Verhandlungen, die Sie, Herr Gammacher, als Vorsitzender des Vereins, wie ich gern höre, mit den Arbeitgebern geführt haben, sind mir durch das Ministerium des Innern bekannt, und ich spreche meine Anerkennung aus für das Entgegenkommen, was Sie den Arbeitern gezeigt haben, wodurch die Grundlage zu einer Verständigung gewonnen worden ist. Ich werde mich freuen, wenn auf dieser Basis sich Arbeiter und Arbeitgeber vereinigen und sich auf dem Standpunkte aus dem Streik begeben. Wenn die Herren etwa der Ansicht sind, daß die von mir abgetretenen Deputierten der Arbeiter nicht die maßgebenden Vertreter der Kreise wären, die dort treffen, so macht das nichts aus. Wenn sie auch nur einen Theil der Arbeiter hinter sich haben und die Meinung wiedergeben, die in ihren Kreisen besteht, so wird doch immer der moralische Einfluß des Verlaufs der Verhandlungen von hohem Werthe sein. Sind sie aber wirklich die Delegierten derselben, so haben sie die Aufgabe der genannten Westfälischen Arbeiter vertreten, und sind sie dann mit den Punkten, die Sie ihnen eröffnet haben, einverstanden, dann habe ich zu dem geäußerten und unterirdischen Sinn dieser Worte das Vertrauen, daß Sie — und nicht ohne Grund — Alles daran setzen werden, möglichst bald ihre Kommande wieder zur Arbeit zu bringen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit allen Beteiligten dringend empfehlen, daß die Bergwerke, Grubenstätten und ihre Organe sich in Zukunft nicht in ähnlicher Weise durch die Streitigkeiten schaden, damit ihnen solche Bewegungen nicht entgegen. Dem ganz unvorhergesehenen Fall der Streik sich amöglichst entwickeln. Es sind, wie wir berichtet worden, allerdings Vorbereitungen getroffen, es ist auch die Absicht, ein allgemeines Streikverbot zu erlassen, und die Arbeiter, welche der Streik ist dort nur vorzeitig zum Ausbruch gekommen. Ich möchte Sie bitten, dafür Sorge zu tragen, daß den Arbeitern Gelegenheit gegeben werde, ihre Anträge zu formulieren, und sich über alle Fragen, die ihnen vorkommen, mit den Arbeitgebern, welche ihnen anrufen, Zeit nehmen, Unterthanen beschäftigen und bei sich arbeiten lassen, auch die Pflicht dem Staat und den beteiligten Gemeinden gegenüber haben, für das Wohl ihrer Arbeiter nach besten Kräften zu sorgen und vor allen Dingen dem vorzuziehen, daß die Bevölkerung einer ganzen Provinz wiederum in solche Schwierigkeiten verwickelt werde. Es ist ja menschlich natürlich, daß Jedermann versucht, sich einen möglichst günstigen Lebensunterhalt zu erwerben. Die Arbeiter, deren Zeitungen und Wägen, wie das Werkstätten des Kohlenes zu dem Gewinne der Gesellschaften steht. Das sie mehr oder weniger daran Theil haben wollen, ist erklärlich. Deshalb möchte ich bitten, daß die Herren mit größtem Eifer die Entlassung der Arbeiter, welche die Arbeit zu dem Zeitpunkt dergleichen Dingen darzubringen suchen. Ich kann Ihnen nur ein Herz legen, daß das, was der Herr Vorsitzende Ihres Vereins am getragenen Tage mit Erfolg begonnen hat, möglichst bald zu einem guten Ende geführt werde. Ich betrachte es als meine persönliche Pflicht, mich der Arbeit der beteiligten Arbeitgeber sowohl wie den Arbeitern, meine Unterthänigkeit bei vorstehenden Meinungsverschiedenheiten in dem Maße zuzuwenden, in welchem sie hierzu berechtigt sind, und ich werde mich bemühen, die Meinungen durch Milderung einerseits, unter anderem zu fördern und vor Erbitterungen, wie diese, zu bewahren.“

Die Werbung zum Frieden.

Die Ansprache des Kaisers an die Abordnung der Bergarbeiter verpricht eine günstige Wirkung zu üben. Aus Gesandten, wo bekanntlich der Arbeiterstand begann, wird telegraphisch berichtet, daß dort am Donnerstags eine Zusammenkunft von Vertretern der Arbeiter aller Theile des Kreises stattgefunden habe, in welcher beschlossene werden sei, dem am Sonntag in Bochum zusammenzutretenden Arbeitervertretertag für Rheinland-Westfalen folgenden Antrag vorzulegen: „In dem Bestreben, dem von Sr. Majestät dem Kaiser in der Audienz ausgesprochenen Wunsche entgegenzukommen, in der Hoffnung, daß die von Sr. Majestät zugesagte Prüfung unserer gerechten Forderungen dieselben zur Erfüllung bringen wird, schlagen wir den Vorschlag vor: 1. Die Arbeit wieder aufnehmen, 2. die Deputierten der Bergleuten vertreten. Letztere bis zu einer anderweitigen Wahl beiden Verhandlungen mit den Bergverwaltungen und Behörden bezüglich der festzuhaltenden Ansprüche.“

Nach der „Rhein-Westf. Ztg.“, welche die Interessen der Grubenbesitzer vertritt, wird die Lage in den Kohlenrevieren sichtlich besser, wenn auch eine wesentliche Besserung noch nicht eingetreten ist. Auf vielen Zechen hat sich die anfangende Arbeiterzahl vermehrt, auf mehreren erheblich. Im Werberner und Wälfeimer Revier wird voll gearbeitet, obgleich in der Wittwode-Verwaltung von Bergarbeitern in Werden die Fortsetzung des Ausstandes und das Bestehen auf die Erfüllung sämtlicher Forderungen beschlossene worden vor. Im Dortmund Revier wird auf den Zechen „Königsborn“ und „Welsen“ voll gearbeitet, auf anderen wieder theilweise. Der Eindruck

der Ansprache des Kaisers auf die Bergleute ist augenblicklich ein tiefer. Von Seiten der Bergverwaltungen ist eine weitere Ausdehnung nicht mehr erlangt. Derselben sind entflohen, die Entwicklung der Dinge abzuwarten.

So besaßte wenigstens die genannte Zeitung. Da die Grubenbesitzer ebenfalls beim Kaiser zu Worte gekommen sind und der Kaiser ihnen Entgegenkommen empfinden hat, so ist jene Befristung wohl nicht als unabänderlich zu betrachten. Uebrigens wird nicht, daß in der Bergprüfung, welche die Bergleute unmittelbar nach ihrer Entlassung beim Kaiser mit hervorragenden Abgeordneten und Mitgliedern des Grubenbesitzervereins im Reichstage gehabt, ganz bestimmte, protokollarisch festgestellte Vereinbarungen zwischen beiden Parteien erzielt worden sind, die eine gültige Beilegung der Kohlenstreitigkeiten zur beiderseitigen Zufriedenheit erhoffen lasse. Die Einigungspunkte sollten zuvörderst der am Donnerstag erwarteten Abordnung der Grubenbesitzer, bestehend aus den Herren Geheimrath Hanckel, Bergath von Welsen und Bergmann Krabber, durch Dr. Gammacher zur Kenntniß gebracht werden. Da Dr. Gammacher in den Punkten wesentlich einverstanden ist, so ist Aussicht vorhanden, auch diese und die übrigen Mitglieder des Vereins der bergbauindustriellen Interessen dafür zu gewinnen. (Den Wortlaut des Protokolls theilen wir weiter unten mit.) Uebrigens wurde am Dienstag im Reichstagsgebäude von sozialdemokratischen Abgeordneten zurechtgerufen der Versuch gemacht, die Vertreter der Bergarbeiter zu sich herüberzuziehen. Der Versuch ist aber, nachdem auch die anderen Theilnehmer an den Besprechungen eingewilligt hatten, von den Bergarbeitern entschieden zurückgewiesen worden. Die Behörden sind inzwischen eifrig bemüht, auch auf die Grubenbesitzer im Sinne einer Beilegung des Kohlenstreiks einzuwirken. Aus Bochum wird der „Fr. Ztg.“ gemeldet, daß eine Verfügung des Kaisers (?) die Verhandlung zur Verhandlung mit den Grubenbesitzern angewiesen habe. Derselbe müßte, wenn sie wirklich vorhanden wäre, noch vor dem Eintritte der Abordnung der Bergleute ergehen sein.

Während im westfälischen Bergrevier die Hoffnung auf eine Beilegung des Kohlenstreiks Boden gewinnt, ist der letztere in dem Aachen Bezirk in seiner ganzen Festigkeit entbrannt. Dort ist der Ausstand im Einzelnen begünstigt. Einzelne Zechen haben sich jedoch trotz dem Ausgeben entschlossen.

Den „Echo der Gegenwart“ zufolge ist der Ausstand im dem Gruben „Zentrum“ und „Koblenberg“ Wittwode Montag beendet. Die Verwaltung gewährt als Aufseher der Zechen für die Dauer eines Monats die Hälfte von 3 M. für die Schleppe von 250 M. für Akkordarbeit entsprechend höherer Löhne, ferner Freigabe des Oels und wohlwollende Behandlung seitens der Unterbeamten.

Im Waldenburger Bezirk (Schlesien) ist der Arbeiterausstand nicht minder bedenklich, als in Westfalen. Man schätzt hier die Zahl der streikenden Bergleute auf 12—14,000. Auch hier ist die Erörterung so groß, daß es bereits zu vereinzelten Gewaltthaten gekommen sein soll. Man hat in Folge dessen schließlich von Breslau und von Hirschberg Militär dorthin geschickt, das auf die einzelnen Gruben vertheilt wurde. Im Glognen sollen fünf Bataillone Infanterie und mehrere Schwadronen Kavallerie nach den Kohlenzechern kommandirt worden sein. Von Nachmittags 3 Uhr ab sind die Schöffentage im Streikrevier geschlossen. Der Schneidermeister Rühr, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Langenbielau, soll am Verfassungstage des Hochpfales eine Versammlung abgehalten haben. Die Grubenverwaltungen sind geneigt, in der Zuständlichkeit so weit zu gehen, wie der Betrieb es erlaubt. Nach einer Angabe verlangen in dem Grubenarbeiter eine sehr bedeutende Lohnerhöhung, nämlich 25—30 Prozent. Der Oberpräsident von Sachsen hat sich persönlich in den Waldenburger Bezirk begeben, um die zu treffenden Maßregeln an Ort und Stelle zu erwägen. Die Werke „Gottesberg“ und „Rothenburg“ sind von einer Jägerkompagnie aus Hirschberg besetzt.

Die „Korb. Allg. Ztg.“ widmet an leitender Stelle der Audienz, welche die westfälischen Bergleute beim Kaiser hatten, eine längere Besprechung, in der es heißt:

„Wie die Thatfache des Compagnes der Arbeiter einerseits gewiß, daß in Preußen das Volk und das Ohr des Monarchen jeder ernst gemeinten Klage und Beschwerde offen steht, so läßt sich auch andererseits erkennen, daß man sich in den weitesten Kreisen unseres Volkes, selbst in Zeiten der Erregung, dessen Bewußt ist, in Sorge und Roth am Throne wohlwollenden Gehörs zu finden. Dieses Bewußtsein, welches von allerhöchster Stelle jeder Angelegenheit des arbeitenden Volkes entgegengebracht wird, ist auch in diesen Kaiserlichen Worten zum Ausdruck gelangt: dieses Wohlwollen kann sich aber nur dann betätigen, wenn es über sich auf dem Rechtsweg hält, und die Anstehende der Ordnung und Sicherheit zu einer Ehrenpflicht einer gemacht wird. Geht dieses, so ist von vornherein jeder Bewußtsein des Verlaufs der Sache durch die politischen Beamten der Boden entzogen, und nicht nur die Bergleute selbst, sondern auch Zechen, welche Alles und Jedes ihrer Parteinteressen dienlich zu machen nicht wenig zu werden diesem Umfange Rechnung zu tragen haben. Auf dem anderen Seite aber tritt jene Verantwortung, welche alle an dem Ausbruch der Arbeitsstörungen bei Kohlenrevier Arbeitgebern gegenüber, der Gesamtheit der nationalen Grubenbesitzer treuen, die Verantwortung aller Bergleuten, von der wir schon häufig sprachen, noch schärfer

